

Hansjörg Seckauer

***KULTURPOLITIK IN LINZ
1991 - 1995***

Studie, durchgeführt
im Auftrag des Kulturamts der Stadt Linz

I. Bericht über die durchgeführten Arbeiten

*II. Kommentar zu den kulturpolitischen Debatten im Linzer Gemeinderat und im
oberösterreichischen Landtag*

III. Quantitative Aspekte

Linz, Juli 1996

Vorwort

Im September 1995 wurde ich vom Kulturamt der Stadt Linz mit der Durchführung der vorliegenden Studie zur "Kulturpolitik in Linz 1991 - 1995" betraut. Die im Zuge der Untersuchung durchgeführten Arbeitsschritte sind unter Punkt I (s.u.) dokumentiert. Da es sich bei der hier behandelten Thematik, wie den nachstehenden Ausführungen zu entnehmen ist, um eine politisch sensible Materie handelt, sollte man vielleicht die - für wissenschaftliche Arbeiten an sich selbstverständliche - Tatsache nicht unerwähnt lassen, daß die bei der Interpretation der Untersuchungsergebnisse vertretenen An- und Einsichten, Überlegungen, Schlußfolgerungen etc. ausschließlich diejenigen des Verfassers sind. Eine "Parteilichkeit" ist dabei insofern gegeben, als liberale Grundwerte¹ wie (künstlerische) Selbstbestimmung, Freiheit, Vielfalt oder Toleranz den Ausgangspunkt der Überlegungen darstellen und die Akteure im politischen Feld v.a. daran gemessen werden, inwieweit sie in ihren kulturpolitischen Äußerungen und in ihrem diesbzgl. Abstimmungsverhalten diesem Wertekodex - zu dem sie sich mehrheitlich zumindest programmatisch bekennen - Rechnung tragen. Auch wird Partei ergriffen für die (ungebrochene) Förderung von Kunst, insbesondere moderner bzw. zeitgenössischer Kunst, für die diesbzgl. "Gleichwertigkeit von 'Hoch'- und 'Sub'-Kultur" (Wolfgang Kos).² Diese Positionierung erscheint auch in Zeiten "durchforsteter" Budgets und drohender Finanzierungsgrenzen legitim, zumal man eine westliche Großstadt nicht zuletzt "an ihrem Kunstangebot, seien es nun Museen, Bauten, Orchester, Galerien, Theater oder Kinos" erkennt.³ Weiters gilt es zu bedenken, daß die Kulturpolitik indirekt durch ihre Förderungen eine Szene rund um die Kunst mit am Leben erhält, in der deutschen Untersuchungen zufolge etwa acht bis zehn Prozent der städtischen Bevölkerung beschäftigt sind, bei Medien, in Ausbildungsinstitutionen, in Spielstätten, Buchhandlungen, Videotheken etc.⁴ Allfällige drastische Einschnitte ins Kulturbudget, wie sie teilweise gefordert werden, wären somit nicht nur dem Image der Stadt entschieden abträglich, sondern würden unweigerlich auch negative wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Folgewirkungen nach sich ziehen.

Linz, im Juli 1996

Hansjörg Seckauer

¹ Im gesellschaftspolitischen, nicht etwa im parteipolitischen oder ökonomischen Sinn.

² zit. in Pelinka P./Thurnher A.: Österreich neu. Der Report an den Kanzler: 12 Provokationen zu Themen der Zeit, Wien 1994, S. 195

³ ebd.

⁴ vgl. Pelinka/Thurnher 1994, S. 191

I. Bericht über die durchgeführten Arbeiten

Gegenstand der Untersuchung: Kulturpolitik in Linz

Untersuchungszeitraum: "laufende Legislaturperiode", i.e. Oktober 1991 - Dezember 1995

a) Recherche/Dokumentation:

Dokumentiert wurden hinsichtlich des genannten Gegenstands und für den genannten Zeitraum:

1. Die Beratungen folgender *Gremien*:¹

- Gemeinderat der Stadt Linz
- Kulturausschuß der Stadt Linz
- Stadtsenat der Stadt Linz
- Oberösterreichischer Landtag

2. Die Artikel folgender *Printmedien*:²

- Oberösterreichische Nachrichten
- Die Presse
- Salzburger Nachrichten
- Neues Volksblatt
- Kurier³
- Neue Kronenzeitung
- Linzer Rundschau

3. An *zusätzlichen Materialien* wurden erhoben:

- die verfügbaren Kulturförderungsberichte des Landes Oberösterreich (1991; 1992; 1994)
- die verfügbaren Förderungs- und Subventionsberichte der Stadt Linz (1992; 1994)
- detaillierte Angaben/Daten betreffend das Kulturbudget der Stadt Linz (1992 - 1995)

¹ Ordner K 1

² Ordner K 2. Die Artikel wurden teilweise über Info-Search erhoben, zum anderen Teil direkt den Zeitungen entnommen.

³ Nur für den Zeitraum, in dem eine gesonderte Oberösterreich-Ausgabe erschienen ist.

b) Auswertung/Bericht:

1. Zu den Ergebnissen der Recherche, insbesondere zu den Debatten im Linzer Gemeinderat und im oberösterreichischen Landtag, wurde ein persönlicher *Kommentar* verfaßt.
2. *Statistische Auswertung* der Abstimmungsergebnisse in den o.g. Gremien. Hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens der Parteien im Linzer Gemeinderat wurde ein - auf Kulturthemen bezogener - *Konsenskoeffizient* berechnet, der dem allgemeinen Konsenskoeffizienten gegenübergestellt wird.
3. Statistische Auswertung der recherchierten Medienberichte in Hinblick auf die darin angesprochenen Themen.

II. Kommentar zu den kulturpolitischen Debatten im Linzer Gemeinderat und im oberösterreichischen Landtag

1. Die kulturpolitischen Debatten der Neunziger Jahre lassen sich ohne weiteres unter dem Schlagwort "Kulturkampf von Rechts" zusammenfassen. Ging es in den vergangenen Jahrzehnten v.a. darum, der "alternativen" bzw. "Gegen"-Kultur - als Kontrastprogramm zur "etablierten" Kultur - Gehör zu verschaffen und ihren Anspruch auf öffentliche Anerkennung (und damit verbunden: öffentliche Subventionierung) geltend zu machen, so scheint nun, wo dieser Anspruch - zumindest in begrenztem Ausmaß - verwirklicht werden konnte, ein gegenläufiger Prozeß einzusetzen, der durchaus "gegenreformatorische Züge" anzunehmen droht. Wortführerin dieses Kulturkampfes ist die F-Bewegung, die Ressentiments in (Teilen) der Bevölkerung gegenüber den neuen Kulturformen (bzw. generell gegenüber moderner Kunst) anspricht bzw. durch gezielte Aktionen (s.u.) zu wecken versucht, um daraus politisches Kapital zu schlagen: Nach ihrer - hier sichtbar werdenden - Auffassung ist es nicht Aufgabe der Kulturpolitik, das Verständnis für moderne Kunst bzw. für kontemporäre kulturelle Phänomene zu fördern, sondern Kunst und Kultur auf das, was "allgemein verständlich ist", d.h. auf den kleinsten gemeinsamen (kulturellen) Nenner, zu reduzieren. Aus den Debattenbeiträgen spricht somit ein reduktionistisches Kulturverständnis, das sich am klassischen Ideal des "Wahren, Guten und Schönen", dem die Kunst zu huldigen habe, orientiert, und das die Tatsache, daß künstlerischen Äußerungen - als Spiegel, ggf. als Zerrspiegel bestehender Verhältnisse - immer auch eine kritische Funktion zukommt, weitgehend leugnet. Dies v.a. deswegen, weil Kritik hier i.d.R. nicht als konstruktiv, als Anregung, bestimmte Konventionen zu überdenken, sondern tendenziell als destruktiv und "zersetzend" empfunden wird. Wo eine kritische Stimme wahrgenommen wird, ertönt daher sogleich der Ruf nach Subventionsentzug: Man sei ja nicht gegen Kritik, aber gegen deren öffentliche Förderung. D.h. gefördert werden sollen - wenn überhaupt - Kunstwerke, die der Erbauung und/oder Unterhaltung dienen. Daß man auf diese Weise genau jene - zur Idealisierung und Affirmation des Bestehenden neigenden - "Staatskünstler" bekäme, vor denen uns die F immer warnt, sollte dabei allerdings nicht unerwähnt bleiben.

2. Nicht gegen Kritik allein richtet sich die freiheitliche Kritik, sondern auch gegen Tabubrüche, gegen "Unappetitliches", "Ungustiöses" in der modernen Kunst. M.a.W.: Man fühlt sich durch (gezielte) künstlerische Provokationen provoziert. Womit diese ihren Zweck erreicht hätten, denn: "Soll eine Kunst wirksam sein, so kommt sie nicht umhin, mit Gewohn-

heit und Prestige zumindest zu spielen".¹ Das kann - wie gesagt - bis zum Tabubruch gehen (Beispiel Inzesttabu²). Die wenigsten empfinden das als angenehm. Aber es kann (und soll im allgemeinen) zum Nachdenken anregen, die Aufmerksamkeit auf unterbelichtete - wenngleich vorhandene - Phänomene in unserer Gesellschaft hinlenken. Ein Problem, wenn man die Augen davor verschließen, gewisse Tatsachen nicht wahrhaben oder doch im Dunkel belassen haben will. Dabei geht es nicht um die Frage, ob einem eine bestimmte künstlerische Darstellung gefällt. Sondern ob man sie zuläßt, akzeptiert. Ob man ein normatives oder ein liberales Kunstverständnis pflegt, d.h. ob man es den Leuten freistellt, sich einer Auseinandersetzung zu stellen oder ob man dies von vornherein verhindern will. Daß es auch hinsichtlich der künstlerischen Freiheit Grenzen gibt, die im allgemeinen durch den rechtlichen Rahmen gezogen werden, wird kaum einer bestreiten. Daß man einen (zwangsläufig) subjektiven Begriff von "Sitte und Anstand" zum Kriterium für die Förderungswürdigkeit von Kunst macht, hingegen schon. Noch dazu, wo dies häufig mißbraucht wird, um politisch mißliebige Künstler zu diskreditieren. Denn da es sich im allgemeinen nicht so gut ausnimmt, Kritik unterbinden zu wollen, führt man - vorgebliche - Verstöße gegen die "guten Sitten" oder den "guten Geschmack" ins Treffen. Und irgendwo findet man stets ein Haar in der Suppe, beispielsweise in bestimmten, aus dem Zusammenhang gerissenen Textpassagen einer Lesung oder einer Aufführung, die man dann in voyeuristischer Manier der Öffentlichkeit präsentiert.

3. Es steht natürlich einer politischen Gruppierung frei, gegen bestimmte Subventionen zu sein. Auch ist es bis zu einem gewissen Grad verständlich, daß man diese insbesondere Künstlern bzw. Künstlergruppen (wie dem Theater Phönix), von denen man sich angegriffen fühlt, verweigert, wenngleich dadurch eine wenig gelassene und nicht besonders großzügige Haltung zutage tritt. Den Vorwurf der Illiberalität weist man indes weit von sich, stattdessen verweist man auf den freien Markt, wo den von der Subventionsvergabe nicht berücksichtigten Künstlern nach wie vor die Möglichkeit offensteht, sich zu behaupten. Dagegen wäre grundsätzlich nichts einzuwenden, gäbe es nicht die massive Subventionierung der "etablierten" Kultur, ohne die diese, wie allgemein bekannt, nicht existieren könnte. Daraus kann abgeleitet werden, daß es für qualitativ hochwertige Kunst - von Ausnahmefällen abgesehen - ein "Überleben am Markt" i.d.R. nicht gibt, zumal das Marktgeschehen eigenen Gesetzen gehorcht und Qualitätskriterien hier nur eine untergeordnete Rolle spielen. Eine Subventionsverweigerung (für bestimmte Kulturschaffende) würde insofern nicht nur eine extreme Ungleichbehandlung bedeuten, sondern käme in vielen Fällen auch einer (künstlerischen) Existenzvernichtung der Betroffenen gleich. Dies weiß auch die F-Bewegung. Offensichtlich nimmt man das in Kauf.

¹ Amanshauser G.: Grenzen. Aufzeichnungen, Salzburg 1977, S. 103

² U.a. thematisiert im (im Theater Phönix aufgeführten) Stück "Kalte Hände" von Thomas Baum.

4. In Kauf nimmt man das vermutlich auch deswegen, weil man hier eine "schweigende Mehrheit" im "Volk" hinter sich zu wissen glaubt, an die man bei "umstrittenen" - d.h. von den F angezweifelten - kulturpolitischen Entscheidungen neuerdings regelmäßig appelliert, indem man diesbzgl. Plebiszite einfordert. Was sich auf den ersten Blick als Eintreten für gelebte direkte Demokratie ausnimmt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen allerdings als beabsichtigte gezielte Manipulation der Volksmeinung, um eigenen Positionen zum Durchbruch zu verhelfen, zumal in der vorgeschlagenen Fragestellung die zur Debatte stehenden Kultursubventionen i.d.R. mit Subventionen für andere Bereiche - vornehmlich für soziale Angelegenheiten - aufgerechnet werden.¹ Dabei kann man sich ausrechnen, daß hier Kultur als bloße "Überdetermination des Notwendigen durch das Disponible"² stets den kürzeren ziehen wird. Daß eine konsequente Anwendung dieser Strategie einen kulturellen Kahlschlag zur Folge hätte, darauf braucht wohl kaum gesondert hingewiesen werden. Denn aufgrund der Vorrangigkeit der Erfordernisse der materiellen Reproduktion werden sich - wenn man will - immer Bereiche finden, deren Förderung einer Investition in kulturelle Belange vorzuziehen ist. Doch vermutlich soll diese Strategie ohnehin nur selektiv zur Anwendung kommen: So urteilt zwar ein freiheitlicher Mandatar (GR Dr. Tulzer) wenig freundlich über Karl Moik:³ "...entzieht sich jeder Kulturkritik, er macht nicht Kunst, er macht nicht Hochkultur, er transportiert weder Volkstum noch Volkskunst, (...) sondern produziert kulturellen Abfall"; von einem Ruf nach einer Volksbefragung oder -abstimmung war bei Debatten über die Förderung derartiger Veranstaltungen dennoch bislang noch nie etwas zu vernehmen...

5. Es soll hier trotz allem keine Schwarz-Weiß-Malerei erfolgen. Insbesondere im Landtag gibt es auch F-Abgeordnete (z.B. den Abg. Mag. Bodingbauer), deren Debattenbeiträge von einem humanistischen und weltoffenen Kunstverständnis getragen sind, wenngleich sich auch in diesem Gremium in letzter Zeit die Gangart verschärft bzw. der (freiheitliche) Blickwinkel verengt hat, wie am Meinungsumschwung zum Thema Theaterneubau deutlich wird. Derartige populistische Meinungsschwenks können zwar kurzfristig Wählerstimmen bringen, der - ohnehin bereits angeschlagenen - Glaubwürdigkeit der Politik wird mit dieser Strategie, sich primär an Meinungsumfragen und nicht an eigenen Grundsätzen zu orientieren, allerdings kein guter Dienst erwiesen. Standhafter in ihrem Bestreben ist da die ÖVP, die sich nachhaltig für den Theaterneubau engagiert und dabei alle Register (Erstellenlassen wissenschaftlicher Studien, Artikel in parteinahen Zeitungen etc.) zieht, um ihr Ziel, ein Musik-

¹ Beispiel: F-Antrag auf Versteigerung eines (von der Stadt Linz kurz zuvor angekauften) Gemäldes von Hermann Nitsch zugunsten der Caritas-Aktion "Österreicher in Not".

² Gorz A.: Abschied vom Proletariat, Reinbek bei Hamburg 1984 (Paris 1980), S. 94

³ In der Debatte über die Subventionierung einer Silvesterveranstaltung am Linzer Hauptplatz, bei der u.a. Karl Moik auftrat.

theater an der Donau, zu erreichen. Davon abgesehen zeichnet sich die ÖVP wie auch die übrigen Fraktionen¹ (sowohl im Landtag als auch im Gemeinderat) im allgemeinen durch ein liberales Kunstverständnis aus; d.h. man agiert nach dem Motto "leben und leben lassen" und stimmt auch Subventionen an Gruppierungen abseits des kulturellen "mainstreams" zu, die nicht unbedingt die Wertvorstellungen bzw. die Lebenswelt der eigenen Klientel repräsentieren (z.B. Stadtwerkstatt). Daß dies nicht *nur* aus altruistischen Motiven heraus geschieht, ist zu vermuten: Natürlich werden durch Subventionsvergaben auch Abhängigkeiten geschaffen und kann auf diese Weise u.U. einer allzu heftigen Kritik der Boden entzogen werden. Andererseits: Durch Subventionsverweigerung läßt man Kritik gar nicht erst aufkommen bzw. bringt sie endgültig zum Verstummen.

¹ Eine Ausnahme stellt teilweise die VGÖ bzw. die aus dieser hervorgegangene Liste "Mensch & Natur" dar, die einem großstädtischen Flair offensichtlich nicht sehr viel abgewinnen kann und daher in manchen Fällen (Bsp. Weihnachtsbeleuchtung, Weihnachtsmarkt) sehr kleinkariert agiert.

III. Quantitative Aspekte

Nachstehend erfolgt ein Überblick über das Abstimmungsverhalten der in den untersuchten Gremien (Linzer Stadtsenat, Linzer Gemeinderat)¹ vertretenen Parteien bei Kulturthemen für den Zeitraum Oktober 1991 - Dezember 1995.² Im Anschluß daran werden mittels einer quantitativen Analyse die thematischen Schwerpunkte der medialen Berichterstattung in diesem Zeitraum erhoben.

1. Stadtsenat

Senatssitzungen finden einmal wöchentlich statt. Entsprechend hoch ist die Zahl der Sitzungen, die bisher in dieser Legislaturperiode stattgefunden haben. Das Stimmverhalten der drei in diesem Gremium vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, F) im zeitlichen Ablauf ist aus Tabelle 1 ersichtlich:

Tab. 1: Abstimmungsverhalten im Linzer Stadtsenat (Kulturthemen) 11/91 - 10/95

Zeitraum	einstimmig	Stimmenthaltung F	Gegenstimmen F	Randsumme
11-12/91	12	1	0	13
1992	90	3	5	98
1993	76	3	3	82
1994	86	3	2	91
1-10/95	101	3	8	112
Insgesamt	365	13	18	396
in %	92,17	3,28	4,54	100

Es fällt auf, daß überwiegend Konsens herrschte, von dem nur die F fallweise abwich. D.h., SPÖ und ÖVP stimmten stets gleich ab (Konsenskoeffizient 100%), die jeweilige Übereinstimmung mit der F war in 92,17 % der Fälle gegeben, 13 mal enthielt sich die F der Stimme, 18 mal stimmte sie gegen den betreffenden Antrag. Dabei bezog sich das Gros der Stimm-

¹ Da im oö Landtag im Beobachtungszeitraum abgesehen von den Budgetsitzungen nur ein Mal ein kulturpolitisches Thema mit Linz-Bezug behandelt wurde (Theaterneubau), erschien hier eine statistische Auswertung des Abstimmungsverhaltens wenig sinnvoll.

² Dies war der ursprünglich vorgesehene Untersuchungszeitraum. Da die gesichteten Protokolle i.d.R. nicht für den gesamten Untersuchungszeitraum vorlagen, mußten zeitliche Einschränkungen vorgenommen werden, auf die nachstehend jeweils gesondert hingewiesen wird.

haltungen bzw. Gegenstimmen der F auf Anträge betreffend die Subventionierung nachstehender drei Institutionen, die sich die F insofern zum Feindbild erkoren haben dürfte:

- Theater Phönix (2 Stimmenthaltungen; 6 Ablehnungen)
- Stadtwerkstatt (2 Stimmenthaltungen; 3 Ablehnungen)
- KAPU (3 Stimmenthaltungen; 1 Ablehnung)

Die Frontstellung zum Phönix-Theater offenbart sich bereits darin, daß sich ein Drittel der Ablehnungen auf diesbzgl. Anträge bezog. Verhältnismäßig "nachsichtig" ging man hingegen mit dem Kulturverein KAPU um, als man hier das "gelindere" Protestmittel der Stimmenthaltung bevorzugte. Insgesamt beziehen sich knapp die Hälfte der Stimmenthaltungen (46,2%) sowie mehr als die Hälfte der Ablehnungen (55,6%) auf Anträge in Zusammenhang mit den drei genannten Institutionen.

Skepsis bzw. Ablehnung wird seitens der F aber auch einer Reihe weiterer Institutionen bzw. Veranstaltungen entgegengebracht: So v.a. kleinen, noch nicht etablierten Theatergruppen (Theater "Mitten in der Welt"; Theater "Scenario") - möglicherweise aus Angst, ein "neues Phönix" könnte daraus entstehen -, aber auch Bemühungen um interkulturelle Verständigung (Stimmenthaltung bzgl. der Durchführung der Begegnungstage 1994; Ablehnung einer Unterstützung von SOS Mitmensch). Zudem verwehrte man sich gegen den Ankauf eines Gemäldes des (von der F so apostrophierten) "Sudelkünstlers" Hermann Nitsch, und auch bei der Subventionierung der Jugendzeitschrift "PEN-Job" enthielt man sich zwei Mal der Stimme. Zuletzt (1995) stimmte man gegen die finanzielle Unterstützung des Festbüros "Aufruf zur Fantasie" (da StR Six "kein Geld für Fantasie ausgeben" wollte) sowie zweier im Rahmen des "Festivals der Regionen" durchgeführter Projekte (Architekturforum; Projekt "Achse des Ofens"), von denen zumindest das letztgenannte Projekt allgemein goutiert wurde und einiges Aufsehen erregte. Die Stimmenthaltung der Freiheitlichen betreffend die Durchführung der Ausstellung "Prinzip Hoffnung - Linz, eine Stadt zwischen Befreiung und Freiheit" schließlich kann als Indiz dafür gesehen werden, daß die Aufarbeitung der (eigenen) Vergangenheit für die F offenbar immer noch ein gewisses Problem darstellt.

2. Gemeinderat

Im Linzer Gemeinderat sind sechs Parteien vertreten (SPÖ, ÖVP, F, VGÖ¹, GAL). Entsprechend vielschichtiger gestaltete sich das - in Tabelle 2 überblicksmäßig dargestellte - Abstimmungsverhalten. Weiters ist hier mitzuberücksichtigen, daß Gemeinderatssitzungen im Ge-

¹ Bzw. Liste Mensch & Natur

gensatz zu Senatssitzungen öffentlich sind, die Debattenbeiträge wie auch das Stimmverhalten somit häufig vom Schielen nach Publizität bestimmt sind, d.h. der an fachlichen bzw. sachpolitischen Erwägungen orientierte Diskurs hier des öfteren durch publikumswirksame Auftritte und Entscheidungen überlagert wird.

Tab. 2: Abstimmung im Linzer Gemeinderat (Kulturthemen) 10/91 - 5/95

Zahl der Gegenstimmen	Zahl d. Abstimmgn/Partei(en)	Zwischensumme	Häufigkeit (%)
0/einstimmig	35	35	51,47
1 Gegenstimme	15 F 1 ÖVP 5 VGÖ	21	30,88
2 Gegenstimmen	3 F, VGÖ 1 SPÖ, GAL	4	5,88
3 Gegenstimmen	2 ÖVP, F, VGÖ 1 SPÖ, F, GAL 2 SPÖ, ÖVP, GAL 1 SPÖ, VGÖ, GAL	5	7,35
4 Gegenstimmen	1 SPÖ, ÖVP, VGÖ, GAL 1 SPÖ, ÖVP, F, GAL	2	2,94
Gesamt	68	68	100

Man erkennt, daß hier - als Resultat der genannten Faktoren - der Prozentsatz der einstimmig gefaßten Beschlüsse deutlich niedriger ist als im Stadtsenat (92,17%; s.o.): Nur gut die Hälfte der Beschlüsse (51,47%) wurde ohne Gegenstimme gefällt. Bei einem knappen Drittel der Beschlüsse (30,88%) stimmte eine Partei dagegen, ein weiteres Sechstel der Anträge (16,17%) rief zwei oder mehr Gegenstimmen auf den Plan. Von diesen 12 Anträgen wurde jeder zweite durch Stimmenmehrheit zu Fall gebracht (Gegenstimmen SP und eine andere Fraktion).

Die Ablehnungen betrafen drei ÖVP- und drei F-Anträge: Die ÖVP unternahm zwei vergebliche Anläufe, in Linz ein Großkino (IMAX, OMNIMAX) anzusiedeln, auch in ihren Bemühungen, in der Linzer Altstadt ein Kepler-Museum zu instituieren, war sie aufgrund der fehlenden Unterstützung der übrigen Parteien (Ausnahme: VGÖ) nicht erfolgreich. Die abgelehnten F-Anträge zielten auf eine Erweiterung der Aufgaben des Kunstbeirates, auf die

Versteigerung eines von der Stadt Linz erworbenen "Nitsch-Bildes" zugunsten der Aktion "Österreicher in Not" sowie auf die Überprüfung des Theater Phönix durch das städtische Kontrollamt. Ihrem kulturpolitischen "Feindbild Nr. 1", dem Phönix Theater, widmete sich die F somit auch in den Gemeinderatssitzungen: Abgesehen vom genannten Antrag auf Überprüfung wurden seitens der F zudem sämtliche im Beobachtungszeitraum vorgebrachten Anträge auf Subventionierung des Theaters abgelehnt. Die übrigen beiden abgelehnten F-Anträge sind als Kritik an der städtischen Kunstankaufspolitik zu verstehen, die die F verstärkt plebiszitären Regeln unterwerfen will. Auf die mit diesem (vorgeblich "volksnahen") Politikverständnis verbundene Problematik wurde bereits im Kommentar hingewiesen. Auch die VGÖ meldete fallweise Skepsis bei Kunstankäufen (Nitsch-Bild, "Puma"-Plastik) an. Ihre Haltung ist v.a. von Sparsamkeitserwägungen bzw. von einer "Small-is-beautiful"-Ideologie geprägt, woraus die Ablehnung - aus VGÖ-Sicht - "teurer" bzw. "überflüssiger" Großprojekte (AEC, Weihnachtsbeleuchtung etc.) resultiert. In der skeptischen bis ablehnenden Haltung avantgardistischen bzw. experimentellen Kunstformen (Nitsch, Stadtwerkstatt) gegenüber trifft man sich fallweise mit der F. Das Kulturbudget wurde im Beobachtungszeitraum stets gegen die Stimmen der F beschlossen, jeweils drei Mal stimmten ÖVP und VGÖ dagegen. Das diesbzgl. Stimmverhalten der ÖVP ist dabei insofern bemerkenswert, als sie mit dem Kulturstadtrat den ressortverantwortlichen Politiker stellt.

Tabelle 3 zeigt den Grad der Übereinstimmung im Stimmverhalten im Gemeinderat, ausgedrückt im jeweiligen Konsenskoeffizienten:¹

Tab. 3: Konsenskoeffizienten (GR Linz 10/91 - 5/95; Kulturthemen)

Rangplatz	Konsenskoeffizient (%)	Parteien
1	100	SPÖ - GAL
2	91,17	SPÖ - ÖVP ÖVP - GAL
3	80,88	ÖVP - VGÖ
4	77,94	SPÖ - VGÖ VGÖ - GAL
5	66,18	ÖVP - F
6	64,71	F - VGÖ
7	63,24	SPÖ - F F - GAL

¹ Spannweite: 0% (in keinem Fall gleich abgestimmt) - 100% (in allen Fällen gleich abgestimmt)

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich, variiert der Konsenskoeffizient im Gemeinderat zwischen ca. 63% und dem maximalen Wert von 100%: SPÖ und GAL stimmten bei Kulturthemen stets gleich ab, möglicherweise liegt hier ein paktiertes Verhalten vor. Mit rund 92% Übereinstimmung weisen SPÖ und ÖVP im Gemeinderat und im Stadtsenat ein nahezu identes Abstimmungsverhalten auf (s.o.). Die gleiche Marke erreichen ÖVP und GAL. Ca. 80% beträgt der Grad der Übereinstimmung der VGÖ mit den übrigen Parteien (Ausnahme F), den niedrigsten Übereinstimmungsgrad mit den übrigen Parteien weist mit rund 65% die F auf, deren isolierte Position (zumindest in kulturpolitischen Fragen) somit auch in obiger Tabelle zum Ausdruck kommt.

In Tabelle 4 wird das Abstimmungsverhalten SPÖ/übrige Parteien bei Kulturthemen gesondert dargestellt und dem allgemeinen Abstimmungsverhalten im Gemeinderat (1992 - 1995) gegenübergestellt:

Tab. 4: Vergleich der Konsenskoeffizienten SPÖ - andere Parteien (GR Linz, 1992 - 1995)

Parteien	Konsenskoeffizient (%)	
	Kulturthemen	Gesamt ¹
SPÖ - ÖVP	91,17	99,35
SPÖ - F	63,24	98,56
SPÖ - GAL	100,00	96,04
SPÖ - VGÖ	77,94	90,41

Man erkennt, daß bei Kulturthemen i.d.R. ein weniger konsensuales Abstimmungsverhalten an den Tag gelegt wurde als allgemein bei Abstimmungen im Gemeinderat, sieht man vom - oben bereits erwähnten - Ausnahmefall SPÖ - GAL ab. In bezug zu den übrigen Parteien liegt der Kultur-Konsenskoeffizient deutlich unter dem jeweiligen allgemeinen Koeffizienten, am deutlichsten im Fall der F, wo ein sehr hoher allgemeiner Zustimmungsggrad vorliegt, der im krassen Gegensatz zum erhobenen niedrigen Kulturkoeffizienten steht. Aber auch der relativ niedrige allgemeine Konsenskoeffizient SPÖ - VGÖ wird im Kulturbereich noch weiter unterboten. Diese generell niedrigere Konsensquote im Kulturbereich dürfte kein Zufall sein: Abgesehen davon, daß die F die Kulturpolitik offensichtlich als Politikfeld entdeckt hat, auf dem sie glaubt, durch markige, am "gesunden Volksempfinden" orientierte Aussagen politisch punkten zu können, dürfte die Kulturpolitik allgemein bis zu einem gewissen Grad als "Spielwiese" für die Austragung ideologischer Differenzen dienen, die in anderen Politik-

¹ Quelle: Magistrat der Stadt Linz

bereichen zugunsten sachpolitischer Vernunft zumeist zurückgestellt werden. Der Kulturpolitik kommt insofern offenbar eine Art "*Ventilfunktion*" zu, d.h. durch den häufigeren Dissens in kulturpolitischen Fragen wird ein Gegenpol bzw. Ausgleich zur ansonsten weitgehend konsensbestimmten Politik geschaffen, was sich i.d.R. positiv auf das emotionale Gefüge einer Partei resp. ihrer Mitglieder und Anhänger, denen man eingegangene Kompromisse oft nur schwer verständlich machen kann, auswirkt. Negative Auswirkungen hat diese Verfahrensweise indessen für die betroffenen Kulturinstitutionen, auf deren Rücken die ideologischen Grabenkämpfe ausgetragen werden: Einmal in die politisch-ideologische Schußlinie geraten, stehen sie unter permanentem Legitimationszwang, wodurch ihre Arbeit oft unnötig erschwert - und im Extremfall sogar verunmöglicht - wird.

3. Zeitungsberichte

Eine statistische Auswertung der durchgeführten Medienrecherche zur Linzer Kulturpolitik erschien ungleich schwieriger als diejenige der Kulturdebatten in den o.g. Gremien, als es hier keine Abstimmungsergebnisse gab, die analysiert werden konnten. Versucht wurde deshalb eine Aufschlüsselung der Berichte nach den darin schwerpunktmäßig behandelten Themenbereichen. Die thematische Zuordnung eines Artikels erfolgte dabei aufgrund des aus der Lektüre gewonnenen subjektiven Eindrucks, unter Berücksichtigung der vermuteten Intention des Autors. Mehrfachzuordnungen wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit bewußt vermieden. In Grenzfällen wurde zugunsten des spezielleren Themas entschieden: So wurde beispielsweise ein Artikel über die problematische finanzielle Situation des Phönix-Theaters der Kategorie "Theater Phönix" und nicht etwa der Kategorie "Kulturbudget/Finanzen" zugeordnet. In der überwiegenden Zahl der Fälle war eine Zuordnung allerdings unproblematisch und zumeist schon aus der Überschrift ableitbar.

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Themenschwerpunkte der (auf Linz bezogenen) kulturpolitischen Berichterstattung¹ von vier oberösterreichischen Tageszeitungen (Oberösterreichische Nachrichten, Neue Kronenzeitung (OÖ-Ausgabe), Kurier (OÖ-Ausgabe bis 6/93), Neues Volksblatt) sowie einer Wochenzeitung, der Linzer Rundschau (Regionalausgabe der Oberösterreichischen Rundschau). Es waren zwar auch zwei überregionale Zeitungen (Die Presse, Salzburger Nachrichten) in die Medienrecherche miteinbezogen worden, aufgrund der mangelnden "Ausbeute" der diesbzgl. Recherche (jeweils nur ein kulturpolitischer Artikel mit ausschließlichem Linz-Bezug) erschien eine Miteinbeziehung dieser Zeitungen in die statistische Analyse allerdings wenig sinnvoll.

¹ Keine "reinen" Kulturberichte wie Konzert-, Theaterkritiken etc.

Tab. 5: Medienberichte zur Kulturpolitik in Linz/thematische Zuordnung¹

Themen ²	OÖN	Neue Kronen- zeitung	Kurier	Neues Volksblatt	Linzer Rundschau ³	Gesamt abs.	in %
Musiktheater	12	5	7	8	5	37	16,7
Kulturpolitik allg.	10	8	4	7	2	26	11,8
Ars Electronica Center	7	10	3	0	2	22	10,0
Theater Phönix	5	8	3	0	5	21	9,5
Kulturbudget/Finanzen	10	3	0	2	2	17	7,7
Landestheater	7	3	4	0	0	14	6,3
Posthof	5	3	0	0	3	11	5,0
F & Kultur	2	0	2	3	2	9	4,1
Stadtwerkstatt	0	4	3	0	1	8	3,6
Stadtteilkultur	4	2	1	1	0	8	3,6
Brucknerhaus/-fest	2	4	0	0	2	8	3,6
LIVA	4	0	1	0	1	6	2,7
Pflasterspektakel	1	0	0	0	3	4	1,8
Städt. Kunstankäufe	1	0	1	0	0	2	0,9
Hof/Proj. Bandbreiten	1	1	0	0	0	2	0,9
Jazzclub	1	1	0	0	0	2	0,9
Musikschule	1	0	0	0	1	2	0,9
Neue Galerie	1	0	0	0	1	2	0,9
Sonstige	10	0	4	0	5	19	8,6
Gesamt	84	53	33	16	35	221	
in %	38,0	24,0	14,9	7,2	15,8		100,0

Betrachtet man zunächst die *Randsummen*, fällt auf, daß die meisten kulturpolitischen Artikel in den Oberösterreichischen Nachrichten erschienen sind, gefolgt von der Neuen Kronenzeitung, die wenigsten Artikel erschienen im Neuen Volksblatt. Bei den Themen rangiert die Diskussion bzgl. der Errichtung eines "Musiktheaters" in Linz an oberster Stelle, gefolgt von der Berichterstattung über die Kulturpolitik in Linz allgemein (v.a. über diverse kulturpolitische Konzepte), das neu gegründete Ars Electronica Center und das Theater Phönix. Insgesamt erreichten nur die drei erstgenannten Themenbereiche einen zweistelligen Anteils-

¹ Untersuchungszeitraum 10/91 - 6/95. Ausnahme: Kurier - 6/93, da nur bis zu diesem Zeitpunkt eine OÖ-Ausgabe existierte.

² Geordnet nach Gesamtanteilswert. Themenbereiche, die nur in einer Zeitung berücksichtigt wurden, wurden in der Kategorie "Sonstige" erfaßt.

³ Wochenzeitung

wert, weitere 10 Themenkreise erreichten einen Anteilswert zwischen 1% und 10%, d.h. die Berichterstattung konzentrierte sich auf 13 Themenbereiche, bei den übrigen Bereichen handelt es sich offensichtlich um Randthemen, auf die man nur sporadisch zu sprechen kommt.

Die *Gewichtung* der Themen ist natürlich von Zeitung zu Zeitung verschieden: Bei den OÖN stehen Theaterfragen sowie die Kulturpolitik allgemein (inklusive budgetärer Fragen) an erster Stelle, verhältnismäßig große Aufmerksamkeit wird hier auch dem Posthof, der LIVA und der Kulturarbeit in den Stadtteilen (Volkshäuser) gewidmet. Die Kronenzeitung ist (quantitativ) führend bei der Berichterstattung über das AEC, das Theater Phönix, das Brucknerfest und über die Stadtwerkstatt. Zu differenzieren gilt es hier insofern, als die Berichte über die drei erstgenannten Themenbereiche positiv oder neutral ausfallen, währenddessen an der Stadtwerkstatt i.d.R. kein gutes Haar gelassen wird. Das Thema "Musiktheater" steht auch bei Kurier und Neuem Volksblatt hoch in Kurs, die (vermuteten) Hintergründe für die Konjunktur dieses Themas wurden bereits im Kommentar angesprochen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß beim (ÖVP-nahen) Neuen Volksblatt 50% der recherchierten Artikel dieses Thema zum Gegenstand haben... Wie die Kronenzeitung widmet sich auch der Kurier relativ häufig der Stadtwerkstatt, allerdings in vergleichsweise objektiver Manier. Über das Thema F & Kultur wird - etwas überraschend - beim Neuen Volksblatt am häufigsten berichtet, aber auch die übrigen Zeitungen griffen - mit Ausnahme der Kronenzeitung - diese Thematik auf. Die Linzer Rundschau schließlich ist führend bei der Berichterstattung über das Pflasterspektakel, aber auch anderen, vorwiegend im Bereich der (lokalen) Populärkultur angesiedelten Sujets wie dem Linzfest oder der Kinokultur in Linz¹ widmet sie mehr Aufmerksamkeit als die übrigen Zeitungen.

Zusammenhänge zwischen der politischen und der medialen Diskussion lassen sich - wie erwähnt - in erster Linie bei der Frage des Musiktheaterneubaus feststellen. Aber auch bei den übrigen Themen ist natürlich eine dahingehende Wechselwirkung gegeben, d.h. die Diskussion in den Medien beeinflusst i.d.R. die politischen Debatten und umgekehrt. Aus der Übereinstimmung in den thematischen Präferenzen der einzelnen Redaktionen und bestimmter Parteien (bzw. Politiker) lassen sich immerhin gewisse - zumeist aber ohnehin bekannte - politische Naheverhältnisse ablesen. Insgesamt erscheinen die medialen Debatten "harmonischer" als die politischen Debatten, von einer "Kulturkampf-Atmosphäre" ist hier - von Ausnahmen abgesehen - erfreulicherweise wenig zu bemerken. Bedauerlich - in medien- wie in kulturpolitischer Hinsicht - erscheint hingegen die Einstellung der Regionalausgabe des Kurier im Juli 1993, als dadurch die mediale Vielfalt in Oberösterreich - v.a. auch, was die Kulturberichterstattung betrifft - doch deutlich reduziert wurde.

¹ Beide Themen sind in Tab. 5 in der Kategorie "Sonstige" enthalten.